

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Wohnen in Nachbarschaften (WiN)

Handlungsprogramm 1999 bis 2004

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt

Die von der Stadtbürgerschaft 1999 beschlossenen Programme „Wohnen in Nachbarschaften“ und „Soziale Stadt“ sind Teile einer langfristig angelegten, ressortübergreifenden Stadtteilentwicklungspolitik. Ziel ist die Verbesserung der Wohn- und Alltagssituation in Wohnquartieren, die Entwicklung von Nachbarschaften und die Schaffung eines sozialen Klimas, das Fluktuation und Unzufriedenheit entgegenwirkt und zu einer stabilen Bindung an das Wohnquartier führt.

Handlungsfelder sind die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, die Stärkung der regionalen bzw. lokalen Wirtschaftsentwicklung, Bildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote, die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten sowie die Entwicklung sozialer und kultureller Netzwerke zur Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt den Bericht zum Stand der Umsetzung der Programme, der einen ausführlichen und informativen Überblick über die Entwicklung in den Programmgebieten gibt und dankt allen an den Projekten Beteiligten für ihr Engagement.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,
 - die Evaluation durchzuführen und ihr Anfang 2004 einen Bericht über die Ergebnisse vorzulegen,
 - das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ ohne Unterbrechung ab 2005 für weitere sechs Jahre fortzuschreiben, und zwar auf der Grundlage der Empfehlungen für die Programmfortschreibung sowie der Ergebnisse der Evaluation,
 - auf Projekte der Handlungsfelder „Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie“ sowie „Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung“ dabei besonderes Gewicht zu legen und
 - jedes Gebiet mit einem lokalen Management, verstärkt durch stadtplanerische und ökonomische Kompetenz auszustatten.
3. Die Stadtbürgerschaft spricht sich dafür aus, die finanzielle Ausstattung der Programme „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ und „Soziale Stadt“ für den Fortschreibungszeitraum bedarfsgerecht zu gewährleisten.
4. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat zu prüfen, in welcher Form die Projektfinanzierung von den Managementkosten entlastet werden kann.

Dr. Sieling, Pietzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Klara Schreyer, Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU